

Das ist der Weg zum Piks gegen Corona

Alles Wissenswerte zur größten Massenimpfung aller Zeiten in Rheinland-Pfalz – Ab morgen gehen die 31 Impfzentren an den Start



Morgen beginnt auch in Rheinland-Pfalz das, was in anderen Bundesländern schon Alltag ist: Die größte Massenimpfung aller Zeiten findet nicht mehr nur in Pflegeheimen statt, sondern in den 31 Impfzentren des Landes. Seitdem die Anmeldung für einen Impftermin am Montag gestartet wurde, erreichen unsere Zeitung immer wieder Fragen und Beschwerden von Lesern. Diesen widmen wir uns im Folgenden und beantworten wichtige Fragen rund um die Corona-Impfung in Rheinland-Pfalz:

Wer kann sich jetzt impfen lassen?
Vorrang haben zunächst medizinisches Personal, Pflegedienste und vor allem die rund 285 000 Rheinland-Pfälzer, die älter als 80 Jahre sind. Sie wurden von der Landesregierung per Brief zu der Impfung aufgerufen und informiert. Wer von den Menschen über 80 Jahre noch mobil ist, kann sich im regionalen Impfzentrum impfen lassen – aber nur mit Termin. Erkrankte, gebrechliche Menschen sollen ab Ende Januar die Möglichkeit haben, die Impfung von ihrem Hausarzt zu bekommen und mit diesem Kontakt aufzunehmen.

Wie bekomme ich einen Termin?
Impfberechtigte können sich ihre zwei Termine – eine Corona-Impfung braucht zwei Dosen mit einem Abstand von maximal drei Wochen – über eine Hotline geben lassen. Die Telefonnummer der Hotline lautet **0800/575 81 00**. Die Nummer ist montags bis samstags von 8 bis 22 Uhr erreichbar, am

Sonntag von 10 bis 16 Uhr. Außerdem können Termine auch online beantragt werden, und zwar unter www.impftermin.rlp.de. Um die ohnehin stark frequentierten Telefonhotlines nicht weiter zu überlasten, bittet das Mainzer Gesundheitsministerium, dass nur die Gruppen anrufen, die derzeit Anspruch auf eine Impfung haben. Außerdem sollten alle jetzt Impfberechtigten, die über einen Internetzugang verfügen, möglichst online einen Termin beantragen. **Ein Tipp:** Wer sich bei der Onlineanmeldung schwertut, kann seine Kinder oder Enkelkinder um Hilfe bitten. Und gemeinsam kann man vielleicht das eine oder andere Hindernis mit der Technik oder im Internet leichter bewältigen.

Können Ehepaare auch einen gemeinsamen Termin vereinbaren?
Laut Mainzer Gesundheitsministerium ist das derzeit aus technischen Gründen nur telefonisch möglich. Man arbeite daran, eine solche gezielte Terminvereinbarung perspektivisch auch online zu ermöglichen, sagte eine Sprecherin auf Nachfrage unserer Zeitung. Ein Leser aus Birkenfeld hat genau diese Probleme erlebt. Er wollte für sich und seine Frau online einen gemeinsamen Impftermin vereinbaren, scheiterte aber. „Bei der Anmeldung waren gefühlte 100 Fragen zu beantworten, sogar ob vor- oder nachmittags bequem ist“, schreibt er und fragt: „Warum gibt es nicht die Möglichkeit gemeinsamer Termine? Warum nicht eine Rubrik ‚Nicht mögliche Termine‘? Wenn damit eine PC-Bearbeitung

nicht möglich sein sollte, müssten diese Fälle eben per Hand bearbeitet werden. Das wäre doch weniger Mehrarbeit als die Abmeldung von einem zugeteilten, aber nicht möglichen Termin mit Neuanmeldung.“

Wie geht es dann nach der Anmeldung weiter?

Anrufer müssen Name, Adresse, Geburtsdatum nennen und möglicherweise erwähnen, warum sie bevorzugt eine Impfung bekommen sollen. Dann werden Termine vereinbart, die das Land mit einem Aufklärungsbogen als Bestätigung versendet. Ins Impfzentrum müssen Betroffene diese Formulare mitbringen und eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers dabei haben, wenn sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit, etwa als Pflegekraft, zu den Impfberechtigten gehören. Wer sich online anmeldet, muss seine E-Mail-Adresse angeben und bekommt dann per E-Mail alle weiteren Infos und zu beantwortende Fragen zugeschickt.

Was ist eine Kontraindikation?

Kontraindikation meint einen Umstand, der derzeit ausschließt, überhaupt geimpft zu werden. Wer sich online anmeldet, findet diese Indikationen auf der Internetseite des Ministeriums:

- Sie sind jünger als 18 Jahre.
- Sie sind schwanger.
- Sie haben innerhalb der vergangenen sechs Monate eine Chemotherapie erhalten.
- Bei Ihnen wurden in den vergangenen zwölf Monaten Organe transplantiert.

- Sie haben eine schwere chronische Krankheit.
- Sie haben in den vergangenen zwei Wochen eine andere Impfung, zum Beispiel gegen die saisonale Grippe, erhalten.

Solche Kontraindikationen sollte man im Zweifelsfall mit seinem Hausarzt abklären, bevor man sich um einen Impftermin bemüht.

Wie viele Impftermine wurden bislang schon vergeben?

Laut Gesundheitsministerium wurden seit dem Start am Montag bis Dienstag, 13 Uhr, rund 53 000 Termine vergeben. Hinzu kommen noch knapp 25 000 offene Terminregistrierungen, zu denen von der Impfdokumentation eine E-Mail verschickt wurde, die jedoch von den Impfwilligen noch bestätigt werden muss. „Alle registrierten und impfberechtigten Personen erhalten nun innerhalb von wenigen Tagen ihre beiden Impftermine sowie einen Aufklärungsbogen, der zum Impftermin ausgefüllt mitzubringen ist – per E-Mail oder per Post“, verspricht das Ministerium. „Unser Ziel ist es, bis Mitte Februar 120 000 Erstimpfungen in den Impfzentren durchzuführen. Der aktuelle Stand der Terminregistrierung stimmt mich sehr optimistisch, dass wir dieses Ziel erreichen und wir die Termine dazu bereits in den nächsten Tagen werden vergeben können“, sagte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD).

Bis wann werden – neben Pflegepersonal und Heimbewohnern – nur die über 80-Jährigen mit Impfter-

minen versorgt? Gibt es eine Impfquote, die erreicht sein muss, bevor man dann auch die Kategorie zwei der über 70-Jährigen dazu nimmt? Drohen womöglich sogar schlecht ausgelastete Impfzentren?

Einen exakten Stichtag wird es in diesem Fall nicht geben. Allerdings kann das Ministerium absehen, wann es sinnvoll ist, auch die zweite Prioritätsgruppe zu impfen. Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler sprach von „parallelen Gruppen“. Konkret bedeutet das: Pro Tag sollen in den Impfzentren 7200 Personen pro Tag geimpft werden. So kann das Land die 34 000 Dosen, die der Bund pro Woche liefert, nutzen. Stellt man fest, dass nicht mehr genügend Termine an über 80-Jährige vergeben werden, kommt die zweite Gruppe zum Zug. Das bedeutet aber nicht, dass ältere Menschen danach nicht mehr berücksichtigt werden. Klar ist damit auch: Sollten weitere Dosen geliefert werden, wird die zweite Gruppe früher geimpft.

Kann man rein technisch schon jetzt die Hausärzte in die Impfstrategie mit aufnehmen? Wenn ja: Gibt es überhaupt genügend Impfstoff, damit sich eine aufwendige Verteilung auf die einzelnen Praxen lohnt?

Der aktuell verfügbare Impfstoff der Firma Biontech/Pfizer muss bei sehr niedrigen Temperaturen gelagert werden. Das macht die Verteilung auf verschiedene Praxen zunächst einmal logistisch, das heißt in der Anlieferung, aber auch in der Lagerung beim Arzt selbst, schwierig. Aktuell wäre eine Pa-

rallelstruktur zu den Impfzentren und den mobilen Teams in den Pflegeheimen aber auch nicht sinnvoll. Werden alle Termine abgearbeitet, ist der verfügbare Impfstoff schon vor Ende der jeweiligen Woche verbraucht. Erst wenn größere Mengen zur Verfügung stehen, ergibt eine Erweiterung Sinn. Der Impfstoff der Firma Moderna wäre allerdings praktikabler. Er kann 30 Tage lang bei Temperaturen von 2 bis 8 Grad gelagert werden.

Wie sieht die weitere Kommunikation über Nebenwirkungen aus? Wird es regelmäßige Kontrollberichte geben, die den Skeptikern die Angst vor der Impfung nehmen sollen? Wenn ja: Wer macht die?

Die Verträglichkeit eines Impfstoffs wird auch nach der Zulassung weiter überprüft. Dafür setzt das Paul Ehrlich-Institut (PEI) auf Meldungen von Herstellern, Ärzten, aber auch von Patienten. Der einfachste Weg führt über die Plattform Nebenwirkungen.bund.de. Außerdem hat das PEI nach der Zulassung des Biontech-Impfstoffs eine Beobachtungsstudie gestartet, an der man sich mithilfe der SafeVac-App beteiligen kann. Wer mitmacht, werde „mehrfach kontaktiert und um Angaben zu möglichen Reaktionen gebeten“, sagte eine PEI-Sprecherin. In Rheinland-Pfalz werden alle erfolgten Corona-Impfungen bei der Impfdokumentation Rheinland-Pfalz, die vom Krebsregister Rheinland-Pfalz betrieben wird, dokumentiert. Allerdings werden dort keine Nebenwirkungen festgehalten.

Christian Kunst/Carsten Zillmann

Warum Rheinland-Pfalz beim Impfen hinterherhinkt

Hinter den Kulissen rumort es angesichts niedriger Zahlen – Im Zentrum der Kritik stehen erneut die Kassenärzte

Wenn das Mainzer Gesundheitsministerium in der aktuellen Corona-Impfkrise eines im Griff hat, dann ist es das, was man gemeinhin Außenkommunikation nennt. Während Kommunen und Kassenärztliche Vereinigung (KV) im Laufe des Dezembers bei der Vorbereitung der Impfkampagne noch munter aufeinander losgingen, dringt jetzt zumindest offiziell kaum noch etwas an die Öffentlichkeit.

Trotzdem bleibt die Unruhe etwas mehr als eine Woche nach dem Impfstart in den rheinland-pfälzischen Pflegeheimen groß – denn die bisherige Bilanz der größten Impfkampagne in der rheinland-pfälzischen Geschichte sieht eher düster aus. Nur rund 8300 Menschen wurden bislang geimpft, die Impfquote pro 100 000 Einwohner ist nur in vier weiteren Bundesländern schlechter. Von den 550 Pflegeeinrichtungen im Land wurde nur in 67 geimpft. Gerade einmal 170 gelten als „impfbereit“. Alle

Hoffnungen ruhen jetzt auf den morgen beginnenden Massenimpfungen in den 31 Impfzentren des Landes. Immerhin: 53 000 Termine waren bis Dienstag schon vergeben. 120 000-mal soll bis Mitte Februar in den Zentren der erste Piks gesetzt werden, wünscht man sich im Gesundheitsministerium. Jetzt hofft man auch, dass Rheinland-Pfalz bei der Impfquote aufholt. Denn in anderen Bundesländern wird bereits seit einiger Zeit auch jenseits der Heime in Impfzentren der Corona-Piks gesetzt – im Land hat man sich bewusst dagegen entschieden, um zunächst alle Kraft auf die besonders gefährdeten Pflegeheime zu konzentrieren.

Und auch wenn kaum noch ein Misston an die Oberfläche dringt, scheint es hinter den Kulissen weiter zu rumoren. Im Zentrum der Kritik bleibt die KV. Sie habe bei der Vorbereitung der Impfungen in den Pflegeheimen auf der Bremse gestanden, heißt es von Einrichtungsleitern. Die Kassenärzte hätten mit



Mit ihr begann die Corona-Impfung in Rheinland-Pfalz: Lieselotte Ziegler aus Koblenz (rechts) ist eine von bislang nur 8300 Geimpften im Land. Foto: dpa

der nötigen Aufklärung der Heimbewohner erst beginnen wollen, nachdem der Impfstoff von Biontech/Pfizer am 21. Dezember von der Europäischen Zulassungsbehörde EMA grünes Licht bekam. Und dies, obwohl KV-Landeschef Dr. Peter Heinz Anfang Dezember in einem Interview mit unserer Zeitung noch eine Aufklärungsinfra-

struktur gefordert hat. „Diese Vorarbeit muss unbedingt jetzt schon erledigt werden, damit die Impfung dann reibungslos ablaufen kann.“ Einige Kritiker vermuten sogar, die KV habe bewusst auf der Bremse gestanden, um die Impfungen möglichst bald in die Hausarztpraxen zu verlagern. So hatte Heinz in dem Interview auch gefragt, warum „wir

das nicht gleich in den Hausarztpraxen machen können. 200 Impfungen pro Tag schaffen wir auch.“

In KV-Kreisen weist man eine angebliche Blockadestrategie energisch zurück. Vielmehr ist zu hören, dass sich insbesondere der Zeitpunkt des Impfstarts als überaus ungünstig erwiesen hat. So sei es teilweise extrem aufwendig gewesen, die Einwilligung von gesetzlichen Betreuern dementer Heimbewohner einzuholen, weil die sich in der Zeit zwischen den Jahren etwa im Urlaub befunden hätten. Außerdem sei die Corona-Impfung in Heimen sehr zeitaufwendig: Brauche man für eine Gripeschutzimpfung in einem Heim vielleicht zwei Stunden, so seien bei einer Corona-Impfung oft vier Ärzte, drei Apotheker und drei medizinische Fachangestellte bis zu acht Stunden beschäftigt. Inklusiv der vorherigen Aufklärung dauere das leicht mal zwei Tage.

Und die Rolle der Ärzte im Aufklärungsprozess ist zentral. Nur

wenn ein approbierter Mediziner den Patienten über die Risiken aufgeklärt hat, darf die Nadel in den Arm. Von Beginn an war klar, dass dieser Fakt sich zu einem Nadelöhr entwickeln könnte. Die Ärzte machten Altenheimen, die schon vor der Zulassung aufklären wollten, schnell klar: Nicht mit uns. Kernproblem dabei war die Haftung. „Ich kann nachvollziehen, dass Ärzte das nicht tun“, sagt Impfkoodinator Alexander Wilhelm (SPD). Denn obwohl sich der Biontech-Impfstoff natürlich in seiner Zusammensetzung und Wirkung seit Beginn des Zulassungsprozesses nicht verändert hat, war er schlichtweg nicht verkehrsfähig. Eine Aufklärung vor Erteilung der finalen Zulassung wäre nach Ansicht der Ministerialbürokratie wesentlich realistischer gewesen, wenn der Bund sich zu einer Gesetzesänderung durchgerungen, das Vorgehen damit auf rechtssichere Füße gestellt hätte.

Christian Kunst/Carsten Zillmann